

März 2009

Fraktionsvotum Stimmrechtsalter 16

Frau Ratspräsidentin

Werte Kolleginnen und Kollegen

Liebe Jugendliche auf der Tribüne, schön, dass ihr so zahlreich da seid!

Die SP/JUSO Fraktion ist ganz klar für Eintreten. Die Parteien, die nun einen Antrag auf Nicht-Eintreten stellen, haben ein erstaunliches Demokratieverständnis. Der Grosse Rat hat dem Regierungsrat einen entsprechenden Auftrag erteilt. Die Verwaltung hat sich eingehend und fundiert mit dem Geschäft befasst. Und jetzt will man sich hier im Parlament nicht einmal ernsthaft damit auseinandersetzen, sondern die Vorlage schnell vom Tisch wischen, die Debatte abbrechen und verhindern, dass das Volk das letzte Wort hat.

Auch das Signal an die Jugendlichen – die heute auf der Tribüne gut vertreten sind – wäre erbärmlich. Wir würden den Anschein erwecken, dass uns dieses Thema nicht interessiert und uns auch die politisch interessierten Jugendlichen gleichgültig sind. Wie wir heute auch immer entscheiden – eine ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Thema sind wir den politisch interessierten Jugendlichen schuldig.

Neben den interessierten Jugendlichen, die hinter einer solchen Senkung stehen – wie der Jugend-Grossrats-Tag nun zweimal eindrücklich belegt hat –, zeigt auch die kantonale Vernehmlassung ein deutliches Bild: Die grosse Mehrheit sprach sich für das aktive Stimmrechtsalter 16 aus. Dazu gehören etliche Einwohnergemeinden im Kanton Bern, Regierungsstatthalter, die reformierten Kirchen und die kantonale Jugendkommission sowie alle Jungparteien, die an der Vernehmlassung teilgenommen haben.

Ein Podium in Muri-Gümligen hat vor zwei Wochen gezeigt, dass eine grosse Mehrheit der Acht- und Neuntklässler sehr wohl fähig ist sich in politische Diskussionen einzubringen – der BUND berichtete darüber. Die junge Zuhörerinnen und Zuhörer haben sich nach anfänglicher Skepsis aktiv beteiligt und sich schliesslich mit 156 zu 27 Stimmen sehr deutlich für das Stimmrecht 16 ausgesprochen. Das sind die Stimmen der direkt Betroffenen. Eva Desarzens und Lorenz Hess als Podiumsteilnehmende können das bestätigen.

Der Ball zwischen Kanton und Bund wird seit 1998, als das Stimmrechtsalter 16 zum ersten Mal hier im Rat behandelt wurde, hin und her geschoben. Auf Bundesebene wurde das Stimmrecht 16 im letzten Jahr unter anderem mit der Begründung abgelehnt, man wolle jetzt zuerst schauen, wie sich das in den Kantonen bewähre. Zeigen wir also der Bundesebene, dass wir diese Chance für uns und unsere Jugend im Kanton Bern packen wollen!

Der Jugendwahn grassiert. Viele Menschen wollen jünger aussehen als sie sind und auch ihr Benehmen und ihre Aktivitäten richten sie an einer clichiierten Jugendlichkeit aus. Die plastische Chirurgie oder Adventure-Agenturen ermöglichen zahlungskräftigen Möchtegern-Jungen ein junges Aussehen und ein jugendliches Lebensgefühl bis ins hohe Alter.

Das gesellschaftliche und mediale Interesse an der real existierenden Jugend hingegen, gibt es meist nur, wenn sie negativ auffällt.

Im Fokus stehen immer die wenigen negativen Beispiele. Die grosse Masse der erstaunlich Angepassten wird ausgeblendet. Den Jugendlichen wird heute zu wenig zugetraut. Die Fassade der Jugend scheint also mehr zu interessieren als der Geist.

Wir – die SP/JUSO Fraktion – sind jedoch interessiert an den Ideen, Visionen und Meinungen der Jugendlichen für die Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaft. Wir sind darauf angewiesen, dass die interessierten jungen Menschen frühzeitig am politischen Leben teilnehmen und Verantwortung übernehmen.

16- und 17-Jährige müssen im Kanton Bern, wenn sie ein Einkommen erzielen, Steuern zahlen; können einen Lehrvertrag unterschreiben; an Weltmeisterschaften und Weltcups teilnehmen; als Sportsuperstars die Schweiz vertreten; bei MusicStar teilnehmen; über ihre Religionszugehörigkeit entscheiden; sind sexuell mündig ... , aber stimmen und wählen sollen sie nicht können? Das ist doch sehr merkwürdig und diese Skepsis gegenüber der Urteilsfähigkeit der Jugendlichen erstaunt.

Auch wenn längst nicht alle Jugendlichen an die Urne rennen werden: Es gibt keinen vernünftigen Grund dieses Recht denen zu verweigern, die interessiert sind und gerne mitbestimmen würden. Und wir wissen aus Erfahrung: Politisches Interesse ist keine Frage des Alters.

Zudem ist die Einführung des aktiven Stimmrechtsalters 16 definitiv keine Frage von links und rechts. Es ist eine demokratiepolitische, eine rein sachpolitische Frage. Wer eingebunden ist und demokratisch mitbestimmen kann, wird besser in die Gesellschaft integriert.

(Die Abstimmung in Basel Stadt zeigt doch genau das: Wäre das Stimmrecht 16 ein rot-grünes Anliegen wäre es in Basel Stadt doch klar angenommen worden. Dasselbe zeigt auch das Beispiel Glarus. Damals an der Landsgemeinde haben Vertreter aller Parteien für die Senkung des aktiven Stimmrechtsalters gesprochen – inklusive einer FDP-Regierungsrätin und einem SVP-Kantonsrat.)

Durch Appelle und Sonntagsreden – meine Damen und Herren – ist die Jugend nicht für die Politik zu gewinnen. Es braucht nicht nur schöne Worte, sondern Taten.

Die SP/JUSO Fraktion lehnt aus den genannten Gründen den Antrag auf Nicht-Eintreten entschieden ab und unterstützt die Änderung der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die politischen Rechte.

2. Votum (nach Eintreten)

Frau Ratspräsidentin
Werte Anwesende

Die Argumente liegen auf dem Tisch und die meisten Meinungen sind wohl gemacht. Deshalb fällt mein zweites Votum nach der Eintretensdebatte entsprechend kurz aus.

Nochmals betonen will ich einzig die Verbesserung der politischen Bildung. Die Senkung des aktiven Stimmrechtsalters würde eine Attraktivierung der politischen Bildung bedeuten, da der Unterricht praxisnaher gestaltet werden könnte. Weiter könnte die Lücke zwischen der politischen Bildung in der Volksschule und der Ausübung des Stimmrechts geschlossen werden.

Im Grunde genommen kann man sagen, dass die Einführung des aktiven Stimmrechtsalters 16 niemandem schaden würde, sondern nur positive Auswirkungen hätte.

(Noch zu Basel Stadt: Gerade dieser Fall zeigt eben, dass das Anliegen keineswegs nur ein rot-grünes ist. Sonst wäre das aktive Stimmrecht in Basel Stadt klar angenommen worden. Dasselbe zeigt auch das Beispiel Glarus. Damals an der Landsgemeinde haben Vertreter aller Parteien für die Senkung des aktiven Stimmrechtsalters gesprochen – inklusive einer FDP-Regierungsrätin und einem SVP-Kantonsrat.)

Mit der Befürwortung der Senkung des Stimmrechtsalters signalisieren wir der jungen Generation: Ihr werdet gebraucht. Wir zählen auf euch! Denn sie – die Jugendlichen – werden die Folgen unserer Entscheide am längsten tragen bzw. ertragen müssen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, helft deshalb heute mit den Jugendlichen zu ermöglichen, dass sie selber aufzeigen können, was alles in ihnen steckt. Ich kann Ihnen sagen, bei den jungen Menschen ist sehr viel positives und wichtiges Potential vorhanden auf das wir nicht verzichten sollten.

Wir – die SP/JUSO Fraktion – haben Vertrauen in die politisch interessierten Jugendlichen in diesem Kanton und trauen ihnen das Stimmen und Wählen zu. Deshalb stimmen wir der Änderung der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die politischen Rechte zu.